



WIR EURO PÄER

www.dieeuropahaeuser.at | 2016

Zeitschrift der Union Europäischer Föderalisten (UEF), des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) Oberösterreichs und des Europahauses Linz, Ausgabe 2016; € 1,- ; 4010 Linz, Postfach 384

Titelbild: Europa mit seinen Regionen, seiner Vielfaltigkeit muss seine Existenz in Zusammenhang mit der globalen Welt sehen. Eine europäische Nabelschau alleine ist zu wenig. Der Europarat in Strasbourg hat bereits dieses Bild zum Europatag am 5. Mai 1980 mit dem Titel „EUROPA, DEINE REGIONEN“ zur Erinnerung an die Europakonferenz der Gemeinden und Regionen als Europatags-Plakat herausgegeben.

Was ist mit dir los – Europa?

Joachim Rathke liest Gedanken zu den Wurzeln des Abendlandes beim Kamingespräch im Bildungszentrum St. Magdalena bei Linz am 12. November 2016

Europa scheint eine riesige Burganlage zu werden. Da werden die Mauern aufgestockt, die Zugbrücken hochgezogen und das kochende Pech vorbereitet, das man den Angreifern auf's Haupt schüttet, wenn sie die Ringmauer zu übersteigen gedenken. Manche scheinen sich auf den drohenden Untergang des christlichen Abendlandes vorzubereiten.

Aber auch innerhalb der Burg wird gekämpft. Die in der Hauptburg ziehen Mauern auf gegen die in den Vorburgen. Die in den Vorburgen machen dasselbe. Überall baut man Tore gegeneinander. Und wer darauf hinweist, dass Eigeninteressen und Egoismen den Untergang der Burg erst ermöglichen, wird als Nestbeschmutzer beschimpft und schlechtgemacht.

Die Welt ist den Verteidigern keine Kugel mehr. Sie ist eine Scheibe, ein runder Tisch, mit lauter Tellern drauf, die so groß sind wie die Grenzen des jeweiligen Landes. Und die Esser sitzen an ihren Tellern und beobachten den Tellerrand: „Wenn der Nachbar mit der Gabel ein Stückerl Fleisch - Zack, wird

die Hand mit der Gabel aufspießt. Meins! Meins!“

Aber die Welt ist eine Kugel. Und eine Kugel hat keine Ränder. Sie hat auch keine Grenzen. Auch wenn es uns nicht immer bewusst ist, wir leben in einer Welt. Und diese Welt ist immer größer als unser Horizont.

Ich bin in Kamerun aufgewachsen. Wenn ich an Kamerun denke, bin ich in Gedanken dort. Dann denke ich über die Karawanen hinaus. Ich kann gar nicht anders. (Das empfinde ich als ein Glück). Weil ich in der Welt daheim sein durfte, möchte ich auch nicht, dass meine Welt in Bregenz endet. Ich bestehe darauf, dass meine Welt die Welt ist, und kein Teller.

Fortsetzung auf Seite 2



Regisseur Joachim Rathke. Foto: EFB

Angst muss man immer ernst nehmen.

Wenn wir die Angst ernstnehmen, dass unser christliches Abendland bedroht ist, dann ist es wichtig, sich die Frage zu stellen, was das überhaupt ist, das christliche Abendland. Ich meine nicht, die Flasche. Ich meine den Inhalt. Beim Schnaps würde man sagen: Den Geist.

Was sind die Zutaten, die diesen Schnaps so gut machen?

Was sind die kulturellen Errungenschaften des Abendlandes?

Was hat die Menschen Europas so verbunden, dass sich daraus eine Kultur entwickelte?

Eine Wurzel dieses Europas ist die griechisch-römische Philosophie und das Demokratieverständnis der Athener. Es war die Einsicht, das geteilte Macht und Verantwortung einem Gemeinwohl besser tut, als die Versammlung aller Macht auf einen Mann.

Europa war immer vielfältig und zerrissen. Die Völker waren immer bereit, sich mit den Nachbarn anzulegen. (Oder deren Herrscher, muss man sagen). Gerade aus diesen vielen leidvollen Erfahrungen heraus hat sich der Gedanke entwickelt, dass es besser ist, zusammenzuarbeiten.

Große Kulturen gingen immer dann unter, wenn sich ihr Sinn verlor.

Das Abendland wird nicht untergehen, weil Flüchtlinge uns're Grenzen belagern.

Oder ein paar Verrückte Bomben zünden.

Es wird untergehen durch uns. Weil wir vergessen, was uns geeint hat. Der Geist im Schnaps verflüchtigt sich durch unsre Nachlässigkeit.

Eine andere Wurzel ist die christliche Religion. Und die ist einfach erklärt:

Es gibt einen Schöpfer, der die Menschen geschaffen hat. Er verstreut sie auf der ganzen Erde. Dieser Schöpfer ist sehr kreativ, er macht keine Duplikate. Jedes seiner Kinder ist einmalig. Und weil sie sich unterscheiden, liebt er sie.

Und da jeder Mensch sein Kind ist, sind alle Menschen Geschwister. Und wie sich Geschwister untereinander verhalten sollten, gibt er ihnen mit auf den Weg: „Liebe sie. Es wird nicht leicht, aber liebe sie“.

Der Kern des Christentums ist universell. Es endet nicht an den Grenzen Europas, auch nicht am Neusiedlersee. Seine Botschaft ist das Gegenteil von Nationalistisch. Das Gegenteil von Rassistisch. Auch wenn man es nicht gerne hört, auch wenn man an diesen Schöpfer nicht glaubt, es hilft nix, das Christentum ist keine Tellerandreligion. Sie ist also mit einer Gabel nicht zu verteidigen.

Eine der größten Errungenschaften des Abendlandes entstand nach dem zweiten

Weltkrieg. Da suchte man nach dem Wahnsinn, der alle erfasste, nach einer Formel, die das Verhältnis der Menschen zueinander definierte. Und fand sie in der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: „Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen, die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet, (...) verkündet die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN):

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“. (Artikel1).

Die Menschen dieser Erdkugel verbindet das Menschsein. Eingezogene Landesgrenzen und bunte Pässe ändern nichts daran. Jeder Mensch hat dieselben Rechte. Der in der Lederhose genauso wie der in einem Kaftan.

Das ist der Geist Europas:

„Glaube an die Gleichheit aller Menschen!“

„Liebe die Menschen, als wären sie deine Geschwister!“

„Teile die Macht und verbünde dich!“

Diesen Geist muss man verteidigen! Er hat Europa groß gemacht. Nicht der Burgenbau. Nicht der Tellerand. Nicht die Grenzzäune. Den Geist muss man verteidigen.

Große Kulturen gingen immer dann unter, wenn sich ihr Sinn verlor.

Das Abendland wird nicht untergehen, weil Flüchtlinge uns're Grenzen belagern.

Oder ein paar Verrückte Bomben zünden.

Es wird untergehen durch uns. Weil wir vergessen, was uns geeint hat. Der Geist im Schnaps verflüchtigt sich durch unsre Nachlässigkeit.

Wenn ein schlechter Arzt hinter dem Sarg seines Patienten hergeht, folgt tatsächlich die Ursache der Wirkung.



Sehr freuen konnten sich die Mitwirkenden am Kamingsgespräch des 12. Nov. in St. Magdalena nicht nur über den ausgezeichneten Vortrag von Dr. Otto Schmuck und die Lesung von Regisseur Joachim Rathke, sondern auch über den großen Besuch von ca. 140 Teilnehmern/innen. (v.li.n.re): Moderator Dr. Franz Kremaier-gf. Vors. EH Linz, Koordinator Prof. Josef Bauernberger-Geschäftsführer ÖDK-OÖ, Ehrenpräsident der EFB/UEF Österr. Max Wratschgo, Vortragender Dr. Otto Schmuck - Vizepräsident der UEF, Mag. Dr. Franz Seibert - gf. Landesobmann der EFB OÖ, der die Begrüßung machte.

Finanzkrise, Flüchtlingsstrom, Britisches Referendum - Neustart für Europa?

Dr. Otto Schmuck, Vizepräsident der Union Europäischer Föderalisten (UEF) gab zu dieser Thematik beim Kaminesgespräch im vollen Veranstaltungssaal des Bildungshauses Sankt Magdalena bei Linz in einem wissenschaftlich fundierten Vortrag Rede und Antwort

Schmuck stellt zunächst fest, dass die **Zustimmung zu Europa/EU schwindet** und begründet dies durch folgende Fakten:

- » Niedrige Beteiligung an Europawahlen. So ist die Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament im EU-Durchschnitt von 63% im Jahre 1979 auf 43% im Jahr 2014 gesunken.
- » Ernüchternde Ergebnisse von Umfragen zeigen, dass das Vertrauen in verschiedene EU-Institutionen von 57% im Jahr 2007 auf 31% im Jahr 2013 gesunken ist.
- » Negatives Bild Europas in den Medien. So meinten im Frühjahr 2006 im EU-Durchschnitt 50% der Bevölkerung, die EU sei eine gute Sache, im Herbst 2014 waren es 31%. Ca. 1/3 der Bevölkerung war unentschieden.

Ursachen des Stimmungswandels

- » Europäische Errungenschaften gelten als selbstverständlich;
- » EU reagiert aus Sicht vieler Bürger höchst unzureichend auf Probleme;
- » Europäische Materien und Verfahren sind sehr kompliziert und Informationen über Europa unzureichend;
- » Medien berichten verstärkt über Skandale in Europa oder sind an europäischen Themen nicht interessiert;
- » EU wird als von der Nationalpolitik als Sündenbock missbraucht.

In diesem Umfeld steht Europa jedoch vor **drei großen Herausforderungen**, die nur gemeinsam in Europa gelöst werden können:

1) Die Finanzkrise wirkt fort weil: die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit in Verbindung mit geringer Steuereffektivität und mangelnde Solidarität zum Auseinanderdriften führte; Rettungsmaßnahmen der Eurostaaten zum Teil erfolgreich, aber nicht im Gemeinschaftsverfahren erfolgten und eine Währungsunion ohne Wirtschaftsunion nicht überlebensfähig ist.

Zur Überwindung der Finanzkrise ist daher die Verwirklichung der Wirtschaftsunion in Ergänzung der Währungsunion umzusetzen, ein Budget für die Eurozone zur Hilfe bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einzuführen und ein Europäischer Solidaritätsfonds zur Stützung der Arbeitslosenversicherungen einzurichten, der gleichzeitige konjunkturelle Schocks abfedert.

Die Probleme zur Überwindung dieser Krise sind die fehlende Solidarität der wirtschaftsstärkeren EU-Staaten und die damit notwendigen Vertragsänderungen.

2) Die wachsende Zahl von Flüchtlingen: Legale und illegale Zuwanderung kann auf rein nationaler Ebene nicht gesteuert werden; Grenzen in der EU sind offen à unkontrollierbare Wanderungsbewegungen; Wegen der demografischen Entwicklung ist für die meisten europäischen Staaten ein Mangel an erwerbsfähiger Bevölkerung vorhersehbar. Laut EuroStat wird im Jahr 2050 voraussichtlich ein Drittel der heute 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union über 65 Jahre alt sein.

Europainitiative zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

Verwirklichung eines schlüssigen, gerechten und effektiven europäischen Asyl- und Flüchtlingssystems (à Überarbeitung des Dublin-Übereinkommens); wirksame Sicherung der europäischen Außengrenzen durch die Weiterentwicklung von Frontex zu einer europäischen Grenzschutzpolizei; Errichtung humanitärer Zugänge und Korridore in gemeinsamer Verantwortung; Aufbau einer europäischen Asylbehörde mit Zuständigkeit für die Erstaufnahme und die Verteilung der Menschen mit Bleiberecht auf die Mitgliedstaaten; Versorgung der Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen

Fortsetzung auf Seite 4



Dr. Otto Schmuck, Vizepräsident der UEF Foto: EFB

Fortsetzung von Seite 3

nach einheitlichen europäischen Standards; Beseitigung bzw. die Eingrenzung von Fluchtursachen durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Kombination mit einer umfassenden Entwicklungszusammenarbeit und einer fairen Handels- und nachhaltigen Agrarpolitik; mehr Mittel für die UNO und ihre Unterorganisationen zur Finanzierung der Arbeit in den Flüchtlingslagern.

3) Das britische Referendum (BREXIT): United Kingdom (UK) war von Anfang an ein schwieriger Partner, dies zeigte Rede Churchills 1946 in Zürich: Europa ja, aber ohne UK; Britische Haltung zur Gründung von EWG und Euratom skeptisch; Positionsänderung in den 1960er Jahren und Beitritt 1972 führte zum ersten Referendum 1975; Parteien gespalten: 67,2 % für Verbleib in der EU; Sonderkurs in der EU am Beispiel Margaret Thatcher 1979: „I want my money back“; Opt-outs und der Streit um die Sozialcharta; Stärkerwerden der europakritischen Kräfte in UK.

Vorgeschichte des Brexit

PM Cameron war durch UKIP und EU-Gegnern in der eigenen Partei unter starkem Druck;

Nach Wahlerfolg der Konservativen bei Unterhauswahlen vom 7. Mai 2015 kündigte Cameron Referendum bis spätestens Ende 2017 an;

Nach Wahlerfolg der Konservativen bei Unterhauswahlen vom 7. Mai 2015 kündigte Cameron Referendum bis spätestens Ende 2017 an;

Es gab keine Pläne zur Realisierung eines Brexit. Niemand erwartete einen Erfolg der Brexit-Kampagne;

Am 23. Juni 2016 stimmten jedoch 51,9% für EU-Austritt, nur 48,1% Verbleib in der EU;

Danach herrscht in der UK und in der EU große Unsicherheit über das weitere Vorgehen;

Fazit für den Kurswechsel in Europa

» EU-Politik muss sich stärker auf Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten;

» Möglichst bald sind die europäischen Verträge zu überarbeiten und ein Konvent für mehr Demokratie und Bürgernähe ist abzuhalten;

» Wenn Fortschritte mit allen EU-Staaten nicht möglich sind, sollten Euro-Länder vorangehen;

» Information über Europa verbessern – bei Schulen und Hochschulen beginnen;

Die Vorteile der europäischen Einigung wie

» Friedenssicherung ;

» der Wunsch nach guter Nachbarschaft im zusammenwachsenden Europa

» Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands;

» Lösung grenzüberschreitender Probleme;

» Einfluss in der Außen- und Sicherheitspolitik weltweit;

» Zugehörigkeit zu einer Wertegemeinschaft;

besser zu den Menschen transportieren.

Abschließend bekräftigt Dr. Otto Schmuck: „Das Friedensprojekt Europa wird nur gelingen, wenn es demokratisch legitimiert ist und von den Menschen unterstützt wird.“

Ja zur Internationalität. Und dann?

Andere Länder, andere Bedingungen – das gilt auch bei internationalen Geschäften. Wir sind bei Zahlungsverkehr, Absicherung, Finanzierung, Förderungen und vielem mehr an Ihrer Seite. Wir begleiten Ihr Auslandsgeschäft von Anfang an.

Oberbank
3 Banken Gruppe

Engelliche Anzeige

CREATIVE 307

Oberbank. Nicht wie jede Bank.

EINE IMMER ENGERE UNION DER VÖLKER EUROPAS? DIE EU AM SCHEIDEWEG

Ein Bericht von Markus Seunig, Landesobfrau Stv. EFB/JEF Steiermark (Frohnleiten)

Die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) - Steiermark veranstalteten für Studentinnen und Studenten aus der Ukraine, Großbritannien, Ungarn, Österreich vom 14. bis 24. Juli 2016 im Europahaus Neumarkt in der Steiermark und in der Landeshauptstadt Graz eine internationale Summer School mit dem Thema „Eine immer engere Union der Völker Europas? Die EU am Scheideweg“.

Die Studentinnen und Studenten aus Charkiw reisten am Donnerstag den 14. Juli nachmittags an und wurden von den Projektverantwortlichen der JEF Steiermark mit einem Workshop begrüßt.

Der Freitag stand im Zeichen des Europa-Forums Neumarkt und die ukrainischen Studentinnen und Studenten konnten bei einem gemeinsamen Rundgang durch Neumarkt und einer Einführung ins Programm der kommenden Woche einen ersten Eindruck von Österreich gewinnen. Das Europa-Forum Neumarkt wurde am Abend mit einem einführenden Referat von Dr. Jörg Wojahn – Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich eröffnet. Über 50 interessierte Jugendliche aus sieben verschiedenen Staaten Europas konnten von den Veranstaltern (Europäische Föderalistische Bewegung/EFB-UEF, Junge Europäische Föderalisten/JEF und dem Europahaus Neumarkt) willkommen heißen werden.

Am Samstag folgten u.a. Vorträge von Prof. Dr. Melanie Sully, Go-Governance Institute, Mag. Sabine Radl - EFB Wien, Botschafter Dr. Hubert Heiss - Leiter der Sektion Europa im BMEIA und Prof. Erich Wörister - EFB Tirol. Im Zuge der Festveranstaltung im Schlosshof betonte anschließend WKÖ Präsident Dr. Christoph Leitl, zur Anwesenheit von Jugendlichen aus der Ukraine und Großbritannien, die Bedeutung der

Europäischen Einigung für die Zukunft der Jugend und die Notwendigkeit, auch in Krisenzeiten zusammenzustehen, im Gespräch zu bleiben und Austausch untereinander zu pflegen.

Mit Vorträgen von Mag. Micaela Kleedorfer - WKÖ, Mag. Franz Nauschnigg - OeNB und Dr. Otto Schmuck - UEF ging am Sonntagvormittag das Europa-Forum Neumarkt 2016 zu Ende. Für die Studentinnen und Studenten aus der Ukraine bot die Veranstaltung die Möglichkeit sich mit Jugendlichen aus der Europäischen Union auszutauschen, fachlich und inhaltlich versierte Vorträge und Diskussionen zu hören sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger kennenzulernen und mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Der Länderabend mit den Vorstellungen von Großbritannien, Ungarn, Österreich und der Ukraine durch weitere teilnehmende Studentinnen und Studenten am Sonntagabend, bei denen ausgiebig diskutiert wurde und viel Zeit für Fragen blieb, markierte den Start in eine vielfältige und ereignisreiche Woche, wo auch das Gesellige nicht zu kurz kommen durfte.



Nach Einkehr zur Schutzhütte am Zirbitzkogel wurde der Abstieg in Angriff genommen.

Das gute Wetter ermöglichte am Montag 18. Juli die Wanderung auf den höchsten Gipfel der Seetaler Alpen und Hausberg von Neumarkt, den Zirbitzkogel mit dem Genuß einer traumhaften Aussicht.



Solidarität als Grundlage der europäischen Einigung

Der em. Bischof Dr. h.c. Maximilian Aichern OSB brachte in einer Festansprache beim Europaforum Neumarkt am 16. Juli 2016 seine Gedanken zur europäischen Einigung mit folgenden Worten umfassend zum Ausdruck

Woher stammt der europäische Gedanke und was ist sein Sinn, sein Ziel?

Die europäische Kultur, und mit ihr auch die moderne Aufklärung, gründen vor allem auf zwei Quellen: der griechischen Antike und dem Christentum. Mit der Aufklärung kommt das Selbstbewusstsein europäischer Kultur vom Subjekt der menschlichen Person her in den Blick: Demokratie, Gewaltenteilung, Selbstbestimmung als europäische Hauptbotschaft an die Welt.

Man kann Europa nicht nur aus zwei Quellen ableiten. Es gab auch das römische Reich, die Einflüsse der ägyptischen, babylonischen, persischen, sumerischen, hethitischen Hochkulturen. Wanderungsströme verschiedener Völker und die Änderung des Klimas führten zu einer stärkeren Besiedelung Mittel- u. Nordeuropas etc. Wanderungen, Mischungen und Verschmelzungen haben den Schmelztiegel Europa zustande gebracht. Seit dem Mittelalter wurde er als gemeinsamer Kulturraum - nach dem Vorbild des Römerreiches - interpretiert. Es gehört also auch ein politischer, Gesellschaft gestaltender Auftrag zu Europa.

Vor allem in den großen Krisen des Kontinentes besannen sich die Menschen auf das Zusammengehörige, auf Europa. Das war so am Ende der Völkerwanderung, als unter Karl dem Großen um 800 n. Chr. eine Art frühe Europäische Union geschaffen wurde. Diese Union, von Karl „Kaiserreich“ genannt, orientierte sich an zwei Prinzipien: dem Heiligen Römischen Reich und dem Christentum als gemeinsamer Basis. Nach der Idee des alten Römerreiches wollte man ein europäisches Kaisertum schaffen. Die mittelalterlichen Kaiser wollten das Christentum als gesellschaftlichen Kitt, der ihrem Reich Beständigkeit und Zusammenhalt geben sollte.

Das Hochmittelalter hat deutlich ge-

macht, dass das europäische (römische) Kaisertum sein geistiges Zentrum im Nahen Osten sah: im Heiligen Land, wo Jesus gelebt und gewirkt hat, getötet wurde und auferstanden ist. Griechenland, das Zentrum der 1054 exkommunizierten Orthodoxie, verschiedene andere, vor allem Palästina, waren mitgedacht. Die heute von vielen EU-Gegnern abgelehnte Türkei lag durchaus im Horizont dieser Herrscher. Ab dem 10. Jahrhundert versuchten deutsche und norditalienische Kaiser den europäischen Zentralraum christlich zu vereinheitlichen. Ab dem 11. Jhd. bezeichneten sie ihren Traum von einem Großreich als Neu-Europa.

Übrigens: Die Exkommunikation der „griechischen“ über den ganzen Nahen Osten verbreiteten Christenheit wurde 1965 am Ende des 2. Vatikanischen Konzils aufgehoben, nach über 900 Jahren, praktisch in „unserer“ Zeit in einer großen Initiative durch Papst Paul VI. und Patriarch Athenagoras von Istanbul-Konstantinopel.

Die heutige Christenheit - im Unterschied zur mittelalterlichen - erhebt keine machtpolitischen oder hegemonialen Ansprüche mehr. Es soll nicht so wie im Mittelalter ein Territorium erkämpft oder unterworfen werden, sondern einfach um ein orientiertes Leben am Evangelium „Glauben, Hoffen und Lieben“ geworben werden.

Die großen Erschütterungen europäischer Einigkeit hatten oft Ursachen im Kampf der christlichen Konfessionen: z.B. der Bruch des Katholizismus mit der Orthodoxie 1054, oder die Kreuzzüge mit der Unterwerfung der Ostkirche unter dem lateinischen Papst. Eine noch größere Erschütterung kommt nach der Reformation: der Krieg der katholischen gegen die protestantischen Mächte erfasst ganz Europa.

Experten der Bevölkerungs-Entwicklung nennen den Dreißigjährigen Krieg als

einzigste Epoche, in der die europäische Menschheit geschrumpft ist.

Die Wurzeln der Einigungsidee

Die moderne Einigungsidee Europas - nach der Aufklärung - wurzelt in diesem Trauma: die Zerrissenheit Europas, der ständige Krieg wird als unerträglich empfunden. Die europäische Idee ist ihrem Wesen nach nicht territorial ausgerichtet, sondern eine Kulturidee. Sie ist kosmopolitisch, auf die ganze Welt ausgerichtet. Sie schließt daher a priori nichts aus, keine Türkei, keinen Nahen Osten, auch nicht Nordafrika. Sie muss allerdings kritisch geprüft werden, ob sich hinter dem Kosmopolitismus nicht vielleicht heimlich eine Unterwerfungsidee europäischer Eliten verbirgt.

Welche Botschaft hat das Christentum heute für die Europäer/innen? Dazu muss man nachsehen, was in der Geschichte die Stärken des Christentums in Europa waren. Es ist kein Zufall, dass sich nach der Katastrophe des Nationalsozialismus die Katholische Kirche aktiv für die europäische Vereinigung einsetzte. Die Europäische Integration verstand sich als Friedensbemühung. Wirtschaft wurde als ein Instrument zur Völkerverbundenheit betrachtet, nicht als Zwangskeule gegen kleine Nationen.

Aber gelingt es dem Christentum, die heute notwendige Neuorientierung des europäischen Gedankens auf den Weg zu bringen und dem Sachzwang einer totalitär gewordenen Finanzindustrie das Humanum entgegenzusetzen? Den christlichen Kirchen war nach 1945 klar, dass Frieden in Europa für sie bedeutet, auch die ökumenische Spaltung zu überwinden und in einer positiven Weise miteinander zu arbeiten.

Der Mensch kommt zuerst

Das Menschliche in Europa zu verwurzeln, ist das große Ziel. Der Mensch kommt vor der Wirtschaft, die Wirt-

schaft hat ihm zu dienen. Der Mensch ist im Christentum von Gott zuerst angesprochen. Alle Menschen sind gleich wertvoll. Der lateinamerikanische Papst Franziskus weist Europa darauf hin: es bedarf einer Kultur, die die Prioritäten - bei den Armen beginnend - neu setzt. Und es bedarf einer aktiv gestaltenden Politik, die weiß, dass das ökologische Überleben wichtiger ist, als kurzfristiger Börsengewinn. Die positiven Leistungen der Wirtschaft sind die Voraussetzungen dafür, dass ein gemeinsames Europa überhaupt entstehen konnte. Auf diese Leistungen zurückzugreifen, legt auch heute die Basis für ein gelingendes Europa. Wir müssen Wirtschaft wieder verstehen als eine Dimension der menschlichen Begegnung, in der sinnvolle Produkte und Dienstleistungen erzeugt und ausgetauscht werden. Diese positive Grundfunktion der Wirtschaft, von der wir alle leben, ist zu unterscheiden von einer sinnentleerten Finanzindustrie. Die globalisierte Wirtschaft braucht heute - genauso wie vor 100 Jahren - die nationalstaatliche Wirtschaft und faire und transparente Regeln. Wir brauchen eine europäische Solidarität, auf der solche Regeln aufgebaut werden können. Das gemeinsame Europa braucht ein gemeinsames Vertrauen aller in Europa lebender Menschen.

Das Christentum hat die europäische Geschichte aber auch durch das öffentliche Sozialwesen in Europa, durch den weltweit als Modell angesehenen Sozialstaat positiv geprägt. Das Erbe der Hospitäler, Hospize, Waisenhäuser, Ausweisungen und Fürsorgeeinrichtungen christlicher Pfarren und Orden, sowie Missionare und Klöster zeigen dies und es wurden an unzähligen Orten, Schulen und Bibliotheken eingerichtet, die Chronik des Ortes geschrieben, Sprachen und Wissenschaft gefördert. Das Christentum hat gigantische Entwicklungsschübe in der bildnerischen Kunst und der Musik inspiriert. Und den Gedanken der Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit, des Füreinander-da-Seins verankert.

Die sozialen Entwicklungen in Europa sind aber nicht nur ein Verdienst der Kirche, auch Kräfte außerhalb der Kirche wie manche Private in Schlössern und Burgen, aber auch manche staatliche Besitzungen und später dann v. a. die Arbeiterbewegungen und die demokratischen politischen Parteien, haben die soziale Entwicklung vorangetrieben. Das enorme Niveau an sozialem Denken, an Gerechtigkeitsempfinden, an geistigem, künstlerischem und musikali-



em. Bischof Dr. h.c. Maximilian Aichern OSB

Übrigens waren es Frauenorden wie Ursulinen, Franziskanerinnen ..., die im 19. Jahrhundert bewirkt haben, dass auch Mädchen höhere Bildung bekommen.

schem Leben, wäre sonst so wohl nicht erreicht worden.

Aber wie dies in die Zukunft tragen?

Es wurde ja auch immer korrumpiert durch die Herrschaftsansprüche mancher - sich christlich nennenden - Eliten. Vielleicht hilft die Besinnung auf die Wurzeln? Europa stammt aus dem christlich-jüdischen Impuls, der sich mit griechischer und römischer Kultur verbunden hat. Sollte nicht auch heute der christliche Monotheismus mit der radikalen Nächstenliebe ein neues Bündnis mit zeitgemäßer Vernunft, moderner Wissenschaft eingehen - ein liebevolles „aggiornamento“? Europa gründet in einem Verschmelzungsprozess verschiedener Elemente, die einander befruchten. Warum deuten wir nicht Migration, Vermischung, den Blick über den Rand hinaus positiv?

Die Auseinandersetzung mit den vielen Menschen muslimischen Bekenntnisses in und außerhalb Europas wäre ein besonderer Beitrag zum Weltfrieden. Hier kann sich Europa profilieren. Es gehört zu den großen Stärken der EU, vieles zur Achtung der europäischen Minderheiten, Sprachen, Regionen getan zu haben. Die Europaidee ist universal. Wenn heute Flüchtlinge in Europa aufgenommen

werden, bringen sie auch wertvolle Impulse in unsere Gesellschaft und in unsere Wirtschaft mit. Es sind häufig junge Menschen, die an der Zukunft mitbauen wollen. Europa muss diese Menschen aber auf alle Länder verteilen. Auch das gehört zur Solidarität. Freilich wird Europa auch quantitative Grenzen der Zuwanderung ziehen müssen. Je stärker Europa gemeinsam handelt, umso mehr wird es gelingen, den Menschen die Angst zu nehmen.

Zukunftspessimismus

Der Pessimismus gegenüber der Zukunft und die sehr reale Angst vor den Folgen der eigenen Umweltzerstörung zeigen das. All das steht im starken Widerspruch dazu, dass in Europa nach 1945 der Hunger überwunden und ein beispielloser Wohlstand erreicht wurde. Nicht zuletzt durch den gesellschaftlichen Ausgleich. Es gibt keine Ehe zwischen Thron und Altar mehr, zwischen der engen Verflechtung von Kirche und Staat, sondern eine „freie“ Kirche in einem „freien Staat“. Kirche und Staat sind voneinander unabhängig, begegnen einander aber respektvoll. Und die Kirche kann aufgrund des Auftrages durch das Evangelium, bei der Beachtung der Würde der Menschen und ihres Lebens, mit seinen Erfordernissen mithelfen. Nicht zuletzt ist durch den gesellschaftlichen Ausgleich, die entstandene Sozialpartnerschaft und den geregelten Sozialstaat, vieles gelungen, dass wir zum heutigen Wohlstand kamen. In den Begegnungen mit den Kirchen betonen

EU-Politiker/innen gern ein Wort von Kommissionspräsident Jacques Delors, das auch Papst Johannes Paul II. gern aussprach: Man muss Europa eine Seele geben Ich möchte dem - mit Sympathie - etwas widersprechen: Europa hat bereits eine Seele, denn die Menschen, die Europa ausmachen, haben eine! Wir brauchen keine neuen Seelen zu erschaffen, sondern die bestehenden, krank gewordenen Seelen zu pflegen.

Europa Hoffnung zu geben ist die richtige Aufgabenstellung: Den positiven Modellcharakter - z.B. den funktionierenden Sozialstaat -selbstbewusst als Modell für die Welt hervorheben, dem materialistischen, neoliberalen Lebensstil des Geldvermehrers und Natur-Verbrauches entgegenzutreten, denn die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt erfordert Ände-

Dringende Aufgaben für die EU

- » Gerechte Verteilung unserer Ressourcen und der menschlichen Arbeit
- » Schaffung von geeigneten und würdigen Arbeitsplätzen, besonders für unsere jungen Menschen,
- » Suche nach neuen gerechten Wirtschaftsmodellen im Sinne einer wirksamen sozialen Marktwirtschaft., die nicht nur einigen wenigen dienen, sondern vielmehr dem Wohle jedes Menschen und der Gesellschaft dienen.

runger der Wirtschaft, der Politik, aber auch der Menschen und ihres Lebensstiles. Das ist alles möglich, wenn die Menschen sich besinnen und daran glauben. Die Verkündigung der Kirchen muss lauten: Yes, we can! Wir schaffen es!

Die Probleme Europas sind im Wesentlichen die globalen Probleme aller. Sie sind schwerwiegend, aber lösbar. Es braucht Solidarität, Bereitschaft zur Veränderung, und es braucht politische Vernunft. Es ist notwendig, dass die Politik wieder die Kontrolle über bestimmte globale Rahmenbedingungen erlangt, in denen Wirtschaft sich entfalten kann, so z.B. über destruktive Aktivitäten wie Spekulation, Derivatgeschäfte, Kapitalvervielfachung und Kapitalkonzentration. Europa wird ökologisch nicht lebensfähig werden und seine Seele wird nicht genesen, ohne diese Klarheit. Man soll in einer Krise stets klaren Kopf bewahren und sich fragen: was können wir überhaupt retten, was wollen wir retten, und welche Art Wirtschaft, Kultur, soziale Gemeinschaft ist zukunftsfähig? Große staatliche Rettungsinterventionen in der

Wirtschaft sind nur sinnvoll, wenn das nachhaltige Werte für die Zukunft verspricht. Die Milliarden sind nur für eine vernünftige, naturverträgliche Wirtschaft oder Energie zu rechtfertigen: sparsam im Verbrauch - aus erneuerbaren Quellen. Nur eine solche Wirtschaft ist zukunftsfähig.

Wir brauchen nämlich nicht gar keine, sondern eine andere Europapolitik, z. B. eine europäische Friedenspolitik im Nahen Osten. Friedenspolitik bedeutet auch, dass man dem anderen Entwicklung und Partnerschaft anbietet. Z. B. Russland im Fall des Ukraine Konfliktes. Es ist unmöglich, die ukrainische Wirtschaft und das ukrainische Sozialwesen positiv zu entwickeln, ohne auch mit dem russischen Teil der Ukraine und seinen Beziehungen zu Russland zusammen zu arbeiten. Wenn es ein Wort gibt, das wir ständig wiederholen müssen, dann lautet es: Dialog. Die Kultur des Dialogs impliziert einen echten Lernprozess, der uns hilft, den Anderen als ebenbürtigen Gesprächspartner anzuerkennen, und der uns erlaubt, den Fremden, den Migranten, den Angehörigen einer anderen Kultur als Subjekt zu betrachten, dem man als anerkanntem und geschätztem Gegenüber zuhört.

Conclusio von Maximilian Aichern

Wir haben in unserer Zeit, für unser Europa, insbesondere für unsere EU dringende Aufgaben wie: -gerechte Verteilung unserer Ressourcen und der menschlichen Arbeit, -Schaffung von geeigneten und würdigen Arbeitsplätzen-besonders für unsere jungen Menschen, -Suche nach neuen gerechten Wirtschaftsmodellen im Sinne einer wirksamen sozialen Marktwirtschaft, die nicht nur einigen wenigen dienen, sondern vielmehr dem Wohle des Menschen und somit der Gesellschaft dienen.

Europa war historisch eine Region erbitterter Feindschaft und schrecklicher Kriege, aber auch oft ein großes Friedensprojekt.

Wir wissen heute ganz klar, welcher Teil davon der Gute ist - arbeiten wir daran!

Auszeichnungen Europaforum Neumarkt 2016

Beim Europaforum Neumarkt, welches vom 15. bis 17. Juli 2016 auf Schloss Forchtenstein dem Europahaus Neumarkt in Neumarkt (Stmk) stattfand, wurden die ca. 200 Teilnehmer mit der Thematik: Eine immer engere Union der Völker Europas? Die EU am Scheideweg konfrontiert.

Im Fokus stand dabei das britische Referendum; die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik; die Kosten von „Nicht Schengen“; ist die Finanz- und Wirtschaftskrise schon vorbei? Perspektiven der Europäischen Einigung; Krisen überwinden und Fortschritte im Kreis der Willigen ermöglichen und eine gute Europa-Kommunikation in schwierigen Zeiten durchführen.



Bei der abendlichen Festveranstaltung im Schlosshof wurden am Sa. den 16. Juli der Präsident der EFB/UEF Österr. Herr BM.a.D. Dr. Friedhelm FRISCHEN-SCHLAGER (3.v.li) mit dem Orden „Mérite Européen in GOLD“, die Obfrau des Kulturvereins deutschsprachiger Frauen „Brücken“ Maribor Frau Veronika HARING (6.v.li) und Herr ÖstR. Prof. Hans TRSK (5.v.li) von der EFB Steiermark mit dem Orden „Mérite Européen in SILBER“ sowie Frau Mag. Barbara SCHENNACH (7.v.li) vom Kabinett des Vizekanzlers und BM für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit dem Orden „Mérite Européen in BRONZE“ für ihr langjähriges, europäisches Engagement in Wort, Schrift und Tat ausgezeichnet.

Die Verleihung der Orden nahmen WKO-Präsident Dr. Christoph LEITL (1.v.li), Frau Ingeborg SMITH (2.v.li) Generalsekretärin von der Fondation du Mérite Européen, der Landesobmann der EFB-Steiermark Landtagspräsident a.D. Prof. Franz MAJCEN (4.v.li) mit Assistenz der Vizepräsidentin der UEF/EFB Ö. und gf. Vorsitzenden des Europahauses Neumarkt Christa HOFMEISTER (1.v.re) vor.

Wir Europäer gratuliert allen dazu recht herzlich.

Kommissar Hahn und Vizekanzler Mitterlehner beim Bürgerdialog im AEC in Linz

Rege Diskussion mit Bürgern zu aktuellen Fragen und Herausforderungen der EU

Linz/Wien (OTS) - Unter dem Motto „Es geht um Europa – es geht um Sie!“ diskutierten am 27. Oktober 2016 im Ars Electronica Center (AEC) in Linz EU-Kommissar Johannes Hahn und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner mit Bürgern/innen über die aktuellen Herausforderungen in der Europäischen Union. Im Mittelpunkt standen Fragen zu Wachstum und Beschäftigung, zur EU-Außenpolitik sowie zur Asyl- und Migrationspolitik. EU-Kommissar Hahn und Vizekanzler Mitterlehner waren sich bei der Diskussion einig, dass die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union auf der gemeinsamen Solidarität und Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten aufbaue.



EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn, in der EU-Kommission zuständig für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen sagte bei der Veranstaltung: „Die EU ist ein Vorreiter für Klimaschutz, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Es liegt an uns allen, die Zukunft mitzugestalten. Populisten lösen keine Probleme.“

„Wir alle sind Europa“, appellierte Vizekanzler Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. „Ob es sich um das Thema Klima- und Energiepolitik handelt, um die Flüchtlingsherausforderung oder funktionierende Wirtschaftsbeziehungen - die großen Herausforderungen können wir nur gemeinsam als Europäische Union lösen.“ Österreich stehe für eine verantwortungsvolle Europapolitik mit dem Ziel einer unabhängigen, sicheren und solidarischen EU. Foto: EU-Kommission

Durch die Veranstaltung führte Gernot Hörmann (ORF Oberösterreich). Die EU-Bürgerdialoge finden auf Initiative des EU-Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker in ganz Europa statt. Nach dem Konzept der „Town Hall Meetings“ treten die Mitglieder der EU-Kommission dabei gemeinsam mit hochrangigen nationalen Entscheidungsträgern in einen informellen Dia-

log mit Bürgerinnen und Bürgern über aktuelle EU-politische Fragen.

Aus dem Publikum kamen zahlreiche Fragen zu Themen, wie das Handelsabkommen mit Kanada und den USA, Brexit, Atomkraft, der EU- Landwirtschaftspolitik, Beschäftigung und Investitionen, die Entsendung von Arbeitnehmern, die Flüchtlingspolitik, sowie die Zusammenarbeit mit der Türkei.

Der Bürgerdialog in Linz fand in Partnerschaft mit dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich, dem Land Oberösterreich, der Arbeiterkammer Oberösterreich, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund Oberösterreich, der Wirtschaftskammer Oberösterreich und der Landwirtschaftskammer Oberösterreich statt.

Cross-mediale Konzernkommunikation in der voestalpine

Mag. Peter Felsbach, MAS referierte am 7. Nov. 2016 im Gästehaus der voestalpine in Linz (BG 44) vor ca. 250 geladenen Teilnehmern/innen über die „Cross-mediale Konzernkommunikation in der voestalpine“.



Mag. Felsbach erklärt eindrucksvoll sämtliche interne und externe Kommunikationsagenden des voestalpine Konzerns.

Ziel ist es, die richtigen Zielgruppen mit den richtigen Botschaften auf den richtigen Plattformen zu erreichen. Als Basis dient hierfür eine einheitliche, zielgruppengerechte und kanalspezifische Aufbereitung aller Inhalte.

Durch die Besetzung klar definierter Kernthemen und -botschaften sowie

durch klare, transparente und offene Kommunikation mit allen Zielgruppen wird Vertrauen und Verständnis in das Unternehmen und in die Unternehmensführung geschaffen.

Aktion Europaschirm mit Staatspreis 2016 gewürdigt.

Der Aktion Europaschirm der Stabsabteilung EU-Koordination – Öffentlichkeitsarbeit der Wirtschaftskammer Österreich wurde der Europa Staatspreis 2016 ausgelobt und durch das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres - in der Kategorie Zivilgesellschaft verliehen.

MMag. Christian Mandl, Mag. Margit Maria Havlik und Mag. Karl-Heinz WANKER; MBA MSc durften den Preis und die Urkunde im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach in Tirol entgegennehmen!

Nur durch unser gemeinsames Teamwork war und ist es möglich, dass die langjährige Informationsarbeit zum Thema Europa mittels face-to-face Kommunikation unter dem Europaschirm als best practice ausgezeichnet werden konnte!“ - so der personifizierte Europaschirm Mag. Wanker (4.v.li) zu WIR EUROPÄER beim Kamingespräch am 12. Nov. 2016 in St. Magdalena, wo auch der Europaschirm wieder zugegen war.



Wir Europäer und Mitwirkende beim Kamingespräch (v.li.n.re) wie Dr. Franz Kremaier, Dr. Otto Schmuck, Frau Staatssekretärin a.D. Dr. Beatrix Eypeltauer, Prof. Josef Bauernberger, Regisseur Joachim Rathke, Ehrenpräsident Max Wratschgo und der em. Bischof Maximilian Aichern gratulierten nachträglich dem Europaschirm zu diesem Staatspreis sehr herzlich. (Foto: Hofmeister)

Mit der Veranstaltungsreihe „Europa-Cafe“ brachte EuropeDirect des Amtes der OÖ. Landesregierung schon namhafte Referenten nach Linz, um der oö. Bevölkerung Informationen aus „Erster Hand“ über Europa/EU zu bieten.



Am Dienstag, 14. Juni 2016 kam z.B. der Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Österreich - Herr Mag. Georg Pfeifer (Bild oben) auf Einladung von EuropDirect Oö ins Cafe Traxlmayr zum sogenannten EuropaCafe um über das Thema: „Aktuelles aus dem Europäischen Parlament“ zu sprechen. Unter der Moderation von Dr. Hans Aigner von EuropeDirect Oö stand nach seinem Statement Mag. Pfeifer dem Publikum für kritische Fragen zur Verfügung.



Am Mittwoch, 12. Oktober 2016 hielt Dr. Jörg Wojahn – der Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Österreich über das Thema: „Herausforderungen für Österreich und die EU“ einen Vortrag und stand anschließend im Rahmen einer Diskussion zur Verfügung (Bild oben).

Treue Besucher/innen waren auch immer wieder Schüler/innen des Akademischen Gymnasiums in Linz, Spittelwiese. Das Akademische Gymnasium, mit seiner Direktorin Frau Mag. Erika Hödl, gibt seinen Schülern/innen, im Gegensatz zu anderen Mittelschulen in Linz, damit verstärkt die Chance, europafit zu werden. Im Jahre 2015 tagte sogar das EYP (European Youth Parliament) im Akademischen Gymnasium. Wir Europäer berichtete darüber in der Ausgabe 1-2015.

Die Währungspolitik der Europäischen Zentralbank und ihre Auswirkung auf die europäische Wirtschaft

Am 19. September 2016 referierte Prof. Dr. Günther Schnabl in der Wirtschaftskammer OÖ in Linz vor über 100 Teilnehmer/innen zum sperrigen Wirtschaftsthema: Europäische Währungspolitik der EZB. DKfm. Heinz Augner moderierte in gekonnter Weise durch die Diskussionsveranstaltung.

Schnabl meint: „Der Euro kann als Erfolg gesehen werden. Seit seiner Geburt ist die Anzahl der Euromitgliedsstaaten von 11 auf 19 angestiegen. Es wurde ein historisch hohes Niveau an Wechselkursstabilität in Europa erreicht. Das Preisniveau ist so stabil, wie selbst unter der Deutschen Bundesbank nicht. Aber: die versprochenen Produktivitäts- und Wachstumsgewinne sind ausgeblieben. Die Staatsverschuldung ist in den meisten Mitgliedsländern über die Maastricht-Grenze hinaus angestiegen. Ein dichtes Netz an Rettungsmechanismen und geldpolitischen Sonderprogrammen mit undurchsichtigen Kürzeln wie ESM oder TARGET scheint nötig, um die gemeinsame Währung zusammenzuhalten. Warum?

Gemeinsamer Konjunkturzyklus

Der Ökonom Robert Mundell hat gezeigt, dass in einem gemeinsamen Währungsraum die Geldpolitik nur dann wirksam ist, wenn alle Teile der Währungsunion einem gemeinsamen Konjunkturzyklus folgen. Ist hingegen z.B. der Süden in der Krise und der Norden im Boom, kann die Europäische Zentralbank bei der Festlegung des Leitzinses nur einem Durchschnitt bilden: Für den Süden ist der Zins dann zu hoch (was die Rezession verschärft), für den Norden ist er zu niedrig (was Inflationstendenzen begünstigt). In beiden Teilen der Währungsunion sind die Bürger mit der gemeinsamen Geldpolitik unzufrieden.

Mundell hat auch darauf verwiesen, dass ein solcher Konstruktionsfehler durch flexible Arbeitsmärkte geheilt werden kann. Wenn Arbeitskräfte von der Krisenregion in den wirtschaftlich florierenden Teil

wandern, dann entsteht keine Arbeitslosigkeit. Wenn die Arbeitsmärkte zu unflexibel sind – was in Europa wohl der Fall ist –, dann können nur die nationalen Finanzpolitiken die unterschiedlichen Konjunkturentwicklungen ausgleichen. Im kriselnden Süden müssen die Ausgaben steigen und im boomenden Norden gedrosselt werden, um das Funktionieren der gemeinsamen Geldpolitik sicher zu stellen.

Dies ist bei national weitgehend unabhängigen Finanzpolitiken durchaus möglich, wenn vor Eintritt der Krise die Budgetdefizite und Schuldenstände ausreichend klein sind. Leider ordneten sich seit Beginn der Währungsunion die nationalen Finanzpolitiken nicht den Notwendigkeiten der heterogenen Währungsunion unter, sondern verfolgten weiter nationale Ziele. Zudem war die Geldpolitik zu locker. Kurz nach Einführung des Euros war im Jahr 2000 weltweit die sogenannte Dotcom-Blase geplatzt. Die Europäische Zentralbank senkte die Leitzinsen auf ein damals historisches Tief, um die Finanzmärkte zu stabilisieren. Der österreichische Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek hat gezeigt, dass zu billige Liquidität den Nährboden für ein nicht nachhaltiges Kreditwachstum und Finanzmarktblasen bilden kann. Dieses von der Europäischen Zentralbank geschaffene Übertreibungspotential wurde aufgrund unkoordinierter nationaler Finanzpolitiken unterschiedlich über den gemeinsamen Währungsraum verteilt.

In Deutschland hatten sich Ende der 1990er Jahre Reformbemühungen verstärkt, nachdem die Wiedervereinigung nicht zuletzt wegen der stark angestiegenen Arbeitslosigkeit, die sozialen Sicherungssysteme an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gebracht hatte. Die Budgetdefizite und der Schuldenstand des öffentlichen Sektors drohten in Konflikt mit den, von Deutschland selbst forcierten Maastricht-Kriterien, zu geraten. Die rot-grüne Regierung Schröder schränkte deshalb beherzt Sozialleistungen und Staatsausgaben ein und setzte Anreize für eine private Alterssicherung (Riesterrente). Da die Arbeitsmärkte flexibilisiert wurden, wurde die Lohnzurückhaltung im öffentlichen Sektor von einer deutlichen Senkung der Lohnkosten in der Industrie begleitet. Da in Deutschland die Investitionen und das Wachstum der Staatsverschuldung stagnierten, waren die deutschen Banken mit wachsenden Einlagen konfrontiert, die im Inland auf keine entsprechende Kreditnachfrage trafen.

Die deutschen Banken exportierten die wachsenden deutschen Ersparnisse in andere Teile des gemeinsamen Währungsraums (und weit darüber hinaus, z.B. in den US-Hypothekenmarkt). Dort finanzierten die anschwellenden Kapitalzuflüsse übermäßiges Kreditwachstum, Lohnerhöhungen über Produktivitätsgewinne hinaus, überschwänglichen privaten Konsum, sowie großzügige Staatsausgaben für Beamte, Rentner, Arbeitslose und tolle Bauprojekte. Es entstanden Konsum-, Immobilien- und Aktienmarktblasen. Die Preisniveaus stiegen an der Peripherie des Euroraums relativ zu Deutschland an, was die Wettbewerbsfähigkeit der späteren Krisenländer (Deutschlands) unterhöhle (erhöhte). Wachsende Leistungsbilanzdefizite ließen die Auslandsverschuldungen der Peripheriestaaten steigen, was schließlich 2007/08 der Auslöser für die immer noch schwelende Krise war.

Expansive Geldpolitik

Immer noch hängen die damals von Überschwänglichkeit aufgeblähten Ausgabenverpflichtungen, wie Mühlsteine am Hals der südlichen Euroländer. Nachdem die privaten Kapitalzuflüsse die Krisenländer verlassen haben, sind die Steuereinnahmen weggebrochen, die in der Phase der Euphorie zu den zusätzlichen Ausgaben verleitet haben. Es scheint aber nicht so, dass aus dem Konstruktionsfehler der Währungsunion, kombiniert mit geld- und finanzpolitischen Fehlern, Lehren gezogen wurden. Der folgenschwere Effekt hat sich vielmehr nur umgekehrt!

Die Europäische Zentralbank verfolgt eine noch expansivere Geldpolitik als vor der Krise, um die Zinsdienste der hoch verschuldeten Euro-Krisenstaaten erträglich zu halten. Das Potenzial für spekulative Übertreibungen auf Aktien- und Immobilienmärkten ist

damit nur noch größer geworden. Doch dadurch, dass der verschärfte Stabilitäts-pakt die Krisenstaaten zu Ausgabenkürzungen zwingt, wird privates Kapital aus den Krisenländern herausgedrückt. Zudem stützt die Europäische Zentralbank mit nachsichtigen Krediten die wackeligen Bankensektoren der Krisenländer, so dass faule Kredite nicht bereinigt werden. Damit kann aber auch kein nachhaltiger Erholungsprozess im Süden einsetzen, so dass Kapital der Region fernbleibt.

Für Deutschland ist hingegen, die noch expansivere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, viel zu expansiv. Das private deutsche Kapital ist ebenso wie privates Kapital aus den Krisenländern nach Deutschland zurückgeschwappt. In den Ballungszentren baut sich eine Immobilienblase auf. Da die sehr expansive Geldpolitik zudem den Wechselkurs des Euro schwächt, profitieren die deutschen Exportunternehmen. Diese werden darüber hinaus von der Europäischen Zentralbank mit sehr geringen Finanzierungskosten subventioniert. Die Aktienkurse der deutschen Industrieunternehmen sind deshalb immens nach oben geschossen. Der deutsche Finanzminister lässt sich von den durch den Boom stark steigenden Steuereinnahmen, zu zusätzlichen Ausgaben bei Renten, Flüchtlingen, Beamten, Verteidigung, Kindergeld und öffentlichen Investitionen etc. verleiten. Das verstärkt die Immobilien- und Aktienmarktblase.

Die Währungs-politik der Europäischen Zentralbank und ihre Auswirkung auf die europäische Wirtschaft

Für die deutschen Bürger bedeutet das alles nichts Gutes. Die versteckten Kosten der verklausulierten Rettungsprogramme sind bereits jetzt immens. Sie wachsen um so mehr, je mehr Anleihen die Europäische Zentralbank kauft. Die Kosten der Rettung werden über eine geringe Verzinsung der Ersparnisse auf die Bürger überwältigt. Außerdem liegt das Lohnniveau sehr viel niedriger, weil den Deutschen bis vor Kurzem, trotz hohen Produktivitätsgewinnen, reale Lohnerhöhungen verweigert worden waren. Schließlich wird eines Tages die Blase platzen, die derzeit nach langem für Lohnerhöhungen sorgt. Dann dürften reale Lohnsenkungen, negative Zinsen und neue Kürzungen der Sozialleistungen auf die deutschen Bürger zukommen. Das könnte die Akzeptanz der bereits gespaltenen Europäischen Währungsunion in dem Land weiter untergraben, das sie derzeit noch mit seinen Ersparnissen zusammenhält.“



Dr. Günther Schnabl (li) mit Dkfm. Heinz Augner. Foto: EFB

80 Jahre und kein bisschen leise.

Josef Bauernberger hat Gründe zum Feiern.

Am 30. Oktober 1936 erblickte Josef in Waidhofen an der Ybbs das Licht der Welt und so feierte er am 30. Oktober im Klosterhof in Linz seinen 80igsten Geburtstag mit zahlreichen Gästen aus der Verwandtschaft, der Nachbarschaft und Freunden bzw. Wegbegleiter aus seiner Vereinstätigkeit. Josef erfreut sich bis heute einer guten Schaffenskraft ohne wesentliche gesundheitliche Einschränkungen, was seine Arbeit in der ÖDK-OÖ, dem LVV, der EFB und dem Europahaus Linz betrifft.

Der Weg zum Professor

Josef Bauernberger gestaltete die EFB OÖ. bereits seit 1958 wesentlich mit. Besonders aktiv setzt sich Josef als Funktionär ab dem Jahre 1992 für die Europäische Föderalistische Bewegung EFB (UEF) und für das Europahaus Linz als Organisator und im Redaktionsteam von „WIR EUROPÄER“ ein. Seit 1992 führt er auch die Geschäfte der Österreichisch-Deutschen Kulturgesellschaft - Sektion Oberösterreich (ÖDK-OÖ). Auch als langjähriger Obmann des Linzer Volksbildungsvereines (LVV) hat sich Josef Bauernberger große Verdienste im Rahmen der regionalen Volksbildung erworben, so erhielt er am 23. Okt. 1995 von Bürgermeister Dr. Franz Dobusch die Kulturmedaille der Stadt Linz. Am 19. Dezember 1995 verlieh ihm Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer in Anerkennung seiner kulturellen Verdienste, den Titel „Konsulent der Oö. Landesregierung“. Er wurde in der Folge mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich und dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Am 3. November 2016 war es dann soweit, dass Konsulent Josef Bauernberger für seinen Einsatz als Volksbildner und Kulturvermittler mit dem Berufstitel „Professor“ in Wien gewürdigt wurde.

Vom Europahaus Linz, erhielt Konsulent Prof. Josef Bauernberger zu seinem Jubelgeburtstag und zur Verleihung des Berufstitels „Professor“ als Geschenk einen Festband aller Ausgaben der Zeitung „WIR EUROPÄER“ seit ihrer Gründung im Jahre 1970.

Auch Wir Europäer gratulieren nachträglich Herrn Konsulent Professor Josef Bauernberger zu seinem 80igsten Geburtstag und zur Ernennung zum Professor, sowie ihm und seiner Gattin Monika für die geleistete Arbeit und wünschen alles erdenklich Gute, Gesundheit und viel Freude mit der sehr erfolgreichen Vereinstätigkeit. Ad multos annos.



Dieser Festband mit über 1000 Seiten wurde vom gf. Vorsitzenden des EH-Linz Dr. Franz Krémaier mit den besten Wünschen an Konsulent Prof. Josef Bauernberger beim Kamingsgespräch am 12. Nov. 2016 im Bildungshaus St. Magdalena b. Linz überreicht.



Der gf. Landesobmann der EFB-OÖ Mag. Dr. Franz Seibert (re) überbrachte seitens der Europäischen Föderalistischen Bewegung OÖ. in einer Ansprache an Konsulent Josef Bauernberger die besten Wünsche zum Geburtstag und ein Weingeschek.



Im Audienzsaal des Bundesministeriums für Bildung erhielt er im Rahmen eines Festaktes von Sektionschef Kurt Nekula, M.A. die Urkunde über die Verleihung des Berufstitels „Professor“ überreicht.



Nach der konstituierenden Mitgliederversammlung der ÖDK-OÖ am 23. November 2016 gratulierten u.a.: der Ehrenpräsident der ÖDK-OÖ Honorarkonsul a.D. Präsident Dkfm. Dr. Hermann Bell (3. v.re); der Präsident der ÖDK-OÖ em. Univ.Prof. Dr. Roman Sandgruber (1.v.li); Vorstandsmitglieder der ÖDK-OÖ; Vorstandsdirektor der Oberbank Mag. Dr. Josef Weiß MBA (2.v.re); der Rektor der JKU Univ. Prof. Dr. Meinhard Lukas (1.v.re) Herrn Konsulent Prof. Josef Bauernberger zum 80igsten Geburtstag und seiner Gattin Monika zur mitgeleisteten Arbeit. Der Präsident der ÖDK-OÖ überreichte ein Kulturgeschenk.

ÖFEH - Österreichische Föderation der Europahäuser hielt ihre GV- 2016 im Haus der Europäischen Union in Wien ab.

Am 15. November 2016 trafen sich die VertreterInnen der Österreichischen Europahäuser zur jährlichen ÖFEH Generalversammlung (GV) im Haus der Europäischen Union in Wien, um über ihre Aktivitäten zu beraten.

So wie im Vorjahr begrüßte der Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments Herr Mag. Georg Pfeifer die Vertreter/innen der Europahäuser Österreichs und gab einen Überblick über die aktuelle Situation in der EU, im Hinblick auf die Aktivitäten des Europäischen Parlaments. Unter dem Vorsitz des Präsidenten der ÖFEH Herrn Dr. Werner Fasslabend, BM und Abg.z.NR a. D. wurde die Migrationsfrage in der EU, der Brexit und die künftige Arbeit der Österr. Europahäuser diskutiert. (Mehr über die Österr. Europahäuser finden sie auf ihrer Homepage: <http://www.dieeuropahauser.at>)

Durch besonderes Engagement der ÖFEH – Generalsekretärin Frau Julia-Maria Beischroth-Eberl ist es wiederum gelungen, die GV im Haus der EU zu veranstalten. Ein Danke an das Informationsbüro des Europäischen Parlaments, der Vertretung der EU-Kommission in Österreich und an die charmante ÖFEH-Generalsekretärin, seitens des Europahauses Linz.



Ähnlich wie bei den EU-Gipfeln wurde auch von der ÖFEH-GV ein sogenanntes „Familienfoto“ der Vertreter/innen der Europahäuser seitens des Fotografen des Hauses der EU zur Erinnerung geknipst.

1. Reihe v.li.n.re: Bgm.a.D. Prof. Dkfm. Mag. Valentin PETRITSCH und LABg. Mag.a, Dr.in, Barbara LESJAK – EH-Klagenfurt, BM u. NRAbg. a.D. Dr. Werner FASLABEND – Präsident der ÖFEH; Julia-Maria BEISCHROTH-EBERL – Generalsekretärin der ÖFEH, Christa HOFMEISTER – EH-Neumarkt, Manfred WALLNER – EH-Klagenfurt;
2. Reihe v.li.n.re: Konsulent Ing. Dr. Franz KREMAIER – EH-Linz, Mag. Kurt WURNITZER und Dr. Sepp REIDINGER – Rechnungsprüfer der ÖFEH, Konsulent Mag. Dr. Franz SEIBERT – EH-Linz; Dr. Erich WENDL – EAK-Wien; Dr. Arnold KAMMEL – EH-NÖ (AIES); Felix AUNER und Verena SEPA – EH/EZ-Graz.

Österreichisch – Deutsche Kulturgesellschaft Sektion OÖ im Organisationswandel

OÖ. Mitgliederversammlung läutet am Mi. dem 23. November 2016 neue Epoche ein.

Infolge der Auflösung nach 43 Jahren der Bundesorganisation in Wien, wurde es notwendig, mit Stichtag 22. Sept. 2016 einen selbständigen Verein in Oberösterreich mit eigenen Vereinsstatuten zu errichten. In einer konstituierenden OÖ. Mitgliederversammlung im Oberbank Donau-Forum in Linz, wurden die neuen Vereinsstatuten den Mitgliedern präsentiert, zur Abstimmung gebracht und der Vorstand neu gewählt.

Ziel: Die ÖDK-OÖ bezweckt die Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland. Deren Tätigkeit ist nicht auf Gewinn ausgerichtet, sondern gemeinnützig.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden zum Ehrenpräsident: Honorarkonsul a.D. Präsident Dkfm. Dr. Hermann Bell; zum Präsidenten: em. Univ. Prof. Dr. Roman Sandgruber; zum Vizepräsident: Vorstandsdirektor Mag. Wolfgang Mitterdorfer; zum Geschäftsführer: Konsulent Prof. Josef Bauernberger; Schriftführerin: Monika Bauernberger und Stv./in: Eva Nöhammer; Kassier: Konsulent Wieland Wolfgruber und Kassier/Stellv.: GR Architekt Dipl.Ing. Günther Kleinhanns; Presse: Dir. i.R.

Dkfm. Heinz Augner; Ausstellungen: Professorin Gertrude Haider-Grünwald der ÖDK-OÖ gewählt. Foto: Fleckenstein

Zum Rechnungsprüfer erhielten Dir. i.R. Dr. Werner Hofstädter, Manfred Harant und Hofrat Mag. Dr. Siegm. J. Lengauer das Vertrauen.

In den Beirat der ÖDK-OÖ wurden: Peter Augendoppler, Generaldirektor Wolfgang Eder, Ing. Christian Hajicek, Dipl. Ing. Dr.techn. Siegm. Hanser, Doris Heinze, Präs. Dr. Christoph Leitl, Kom.Rat Mag. Paul Malina-Altzinger, Ing. Georg Sayer, Heidi Schauer gewählt.

Die Europäische Föderalistische Bewegung (EFB/UEF) OÖ. und das Europahaus Linz wünschen unserem geschätzten Kooperationspartner ÖDK-OÖ viel Erfolg!



50 Jahre JKU: Chancen und Perspektiven

Der Rektor der Johannes Kepler Universität-JKU Univ. Prof. Dr. Meinhard LUKAS vermittelte am 23. Nov. 2016 im Oberbank Donau-Forum in Linz in seinem wiss. Vortrag zu 50 Jahre JKU einem Auditorium von ca. 200 Teilnehmern/innen seine Überlegungen zu den Perspektiven der JKU.

1966

Schlüsselübergabe an den 1. Rektor Ludwig Fröhler

1969

1. Informatikstudium österreichweit

1975

Taufe in Johannes Kepler Universität

1977

Inbetriebnahme TNF-Turm

1984

Mehr als 10.000 Studierende

1989

Gründung Hagenberg

1990

Etablierung Mechatronik-Studium (weltweit einzigartig)

2009

Eröffnung JKU Science Park Bauteil 1

2014

Gründung Medizinische Fakultät

2015

Mehr als 20.000 Studierende

2016

Gründung Kepler Universitätsklinikum

Meilensteine der JKU

Die Ziele der JKU formulierte Rektor LUKAS für 2015 bis 2019 folgend:

- » Qualitätsoffensive in der Lehre durch Maßnahmen zur Verbesserung wesentlicher Studien-Indikatoren, wie Prüfungsaktivität und Studienabschlussquote durch: Optimierung der Studieneingangsphase; Evaluierung der Studierbarkeit von Studien; Einführung eines Studienverlaufsmonitorings; Aufbau eines Hochschuldidaktischen Zentrums; Weiterentwicklung des Evaluierungsverfahrens in der Lehre und Erhebung der Employability der AbsolventInnen
- » Fokus Lehr- und Forschungsstrategie: JKU unter den 100 weltbesten Universitäten in der Technik (Shanghai Ranking 2016) zu placieren.
- » Fokus Produkt- und Produktionsprozessforschung: durch das LIT - Linz Institute of Technology als interdisziplinäres Zentrum für Technikforschung und Techniklehre mit starker Konnotation mit dem Industriestandort OÖ als gesamtuniversitäres Institut, soll es ForscherInnen unterschiedlicher Fachbereiche und Fakultäten (Matrixstruktur) durch leistungsorientierte Finanzierung bzw. kompetitive Mittelvergabe ermöglicht werden, kooperativ zu forschen und durch Strukturelle Einbindung internationaler Top-ForscherInnen und junger PotenzialträgerInnen („Special Semester“ zu spezifischen Forschungs-themen unter der Patenschaft jeweils eines Industrieunternehmens) weltweit mehr Erfolg zu haben

Dazu ist der Beirat des LIT mit hochkarätigen VertreterInnen aus Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft unter dem Vorsitz von voestalpine Gen-Dir. Dr. Wolfgang Eder besetzt.

- » Fokus Grundlagen-/Naturwissenschaften durch die Linz School of Sciences
- » Fokus Geisteswissenschaften – PädagogInnenbildung NEU in der Linz School of Education. Ausgangslage ist dabei die gesetzliche Neuordnung des Lehramts für die Sekundarstufe (Allgemeinbildung) als Basis für den Unterricht an AHS, NMS/Hauptschule. Dabei erfolgt die Umstellung auf ein 8-semestriges Bachelorstudium (Abschluss: BEd) und ein 3 bis 4-semestriges Masterstudium (Abschluss: MEd) und die Kooperation von Pädagogischen Hochschulen und Universitäten in Zusammenfassung der Bildungseinrichtungen in 4 Clustern. (Kooperation zwischen OÖ und Salzburg: Cluster Mitte). In der School of Education bildet die JKU schon bisher PädagogInnen in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Physik und Chemie) aus. Zur Verstärkung des Engagements der JKU in der PädagogInnenbildung, um ausreichende Fächerkombinationen in OÖ anbieten zu können, wird das Angebot entlang der Kernkompetenzen der JKU erweitert: zusätzliches MINT-Fach Biologie und Umweltkunde; weitere Fächer mit Bezug zur SOWI wie Geographie und Wirtschaft, Geschichte/Sozialkunde/Politische Bildung, Psychologie & Philosophie sowie Englisch. Die School Of Education ist das Kompetenzzentrum für PädagogInnenausbildung

bildung und Didaktik nach dem Prinzip der forschungsgeliteten Lehre. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund und das Land Oberösterreich.

» Fokus Medizin durch die Linz Medical School, Medizintechnik im LIT. Der Zielzustand der medizinischen Fakultät ist, im Vollausbau ein zusätzliches Jahresbudget von 60 Mio.€, 300 StudienbeginnerInnen pro Jahr mit insgesamt 1.800 Studierende an 24 klinischen Lehrstühlen, 8 nicht-klinischen Lehrstühlen mit den Forschungsschwerpunkten: Medizintechnik, Versorgungsforschung und klinische Altersforschung, zu erreichen.

Die Herausforderungen dabei sind die Implementierung der Universitätsmedizin, der Aufbau von Forschung und Lehre im Kepler Universitätsklinikum, sowie fordernde Rahmenbedingungen in der Spitalsreform, im Ärztearbeitszeitgesetz und in der Ausbildungsreform (Turnus) etc. zu bewerkstelligen.

» Fokus Recht: Linz Law School

Fokus Campus als Lebensraum: Die JKU wurde vor 50 Jahren als Campus-Universität gegründet. Der JKU Campus soll sich daher als einladender Ort für Studierende, Lehrende, BewohnerInnen des Univiertels und allen LinzerInnen anbieten. Ziel ist dabei, durch umfangreiche Gastronomie-, Sport- und Frei-



Univ.-Prof. Dr. Meinhard Lukas, Rektor der JKU

zeitangebote, sowie durch Kulturveranstaltungen, die Attraktivität des JKU-Campus zu steigern. Zur laufenden Entwicklung sind die Eröffnung des JKU Teichwerks, die Sanierung des UniCenters und Campusarchitekturwettbewerbe (Sanierung TNF Turm, Bibliothek und Bibliotheksvorplatz, Sport- und Freizeitflächen etc) vorgesehen.

Besonders strebt die JKU eine leistungsorientierte, uniinterne Mittelvergabe und eine strukturierte Förderung von NachwuchswissenschaftlerInnen an.

Präsident Dr. Christoph LEITL: Europa braucht eine gemeinsame Regierung

Leitl: „Ein reiner Binnenmarkt ist zu wenig: Die Europäische Union muss in allen Politikfeldern handlungsfähig sein, sonst wird sie niemals zu einem Zukunftsmodell werden, an das die Bürger glauben“. KOMMENTAR VON CHRISTOPH LEITL 8. November 2016 im STANDARD

Leitl weiter: Ich bin Andreas Schnauder sehr dankbar für seinen Kommentar zur Weiterentwicklung der Europäischen Union („Ballast abwerfen“, im STANDARD vom 25./26. Oktober 2016). Denn es wird höchste Zeit, dass wir bei dieser entscheidenden Zukunftsfrage von der Befindlichkeit zu den Fakten, von der Demagogie zur Strategie kommen.

Worum geht es? Schlicht und einfach um die Frage, wie sich Europa positionieren muss, um in dieser globalen Welt mit ihrer ungeheuren Dynamik, ihren gewaltigen Herausforderungen und ihren atemberaubenden, technologischen- und kommunikationsmäßigen Veränderungen mithalten zu können.

Wie können sieben Prozent der Weltbevölkerung etwa 25 Prozent der Weltwirtschaftsleistung und über 50 Prozent der Weltsozial- sowie Umweltleistungen als Teil ihres Lebensstandards aufrechterhalten?

Hinterherstrampeln

Sicher nicht, indem wir uns beim Wachstum im Schlussfeld abstrampeln, eine doppelt so hohe Arbeitslosenquote wie die US-Amerikaner haben, eine Bürokratie, die viele Initiativen lähmt oder gar erstickt, und sicher auch nicht mit Untergangsprophezen, die das Ende der Europäischen Union an die Wand malen beziehungsweise sich das teilweise sogar herbeiwünschen.

Ja, Herr Schnauder hat recht: Europa fehlt es derzeit an Rückhalt in der Bevölkerung. Die Gründungsväter Europas wollten Frieden, Freiheit und Wohlstand sichern. Das ist ihnen gelungen. Warum haben diese Grundwerte an Glanz verloren? In dieser Zeit der unzähligen Auseinandersetzungen ein Ort des Friedens zu sein, angesichts von so viel Unterdrückung und Vertreibung bei uns in Europa Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit zu haben und mit Freihandel (ja, auch Ceta!) den Wohlstand zu sichern, der durch Nationalismus und Protektionismus unweigerlich verlorengehen würde, das alles ist doch faszinierend!

Kein gutes Bild

Leider gibt die Europäische Union gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern kein gutes Bild ab – von einer Krise zur anderen taumelnd, mit zu viel Gegensätzlichem bei zu wenig Gemeinsamem, zu vielen Regelungen bis in unnötige Details und zu wenigen bei den großen und lebenswichtigen Belangen. Wo ist das Europa, das die Menschen und insbesondere die Jugend begeistert?

Und trotzdem: Nein, Andreas Schnauder hat nicht recht, wenn er meint, dass wir uns auf den Binnenmarkt beschränken und darüber hinaus keine EU-

Fortsetzung auf Seite 16



Dr. Christoph Leitl

Fortsetzung von Seite 15

Kompetenzen ausweiten sollten. Das Gegenteil erscheint mir notwendig: Eine klare EU-Zuständigkeit in der Flüchtlings-, Asyl- und Immigrationspolitik ist vordringlich, wenn wir nicht die Bevölkerung ihren diffusen Ängsten überlassen und damit den Populisten von links und rechts Vorschub leisten wollen.

Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist dringend erforderlich, um angesichts des Krisengürtels von Nordafrika bis Indien zu Stabilität und Frieden einen Beitrag zu leisten und um mit Kooperationsabkommen andere Kontinente, beispielsweise Afrika, in ihrer dynamischen Entwicklung zu begleiten, anstatt sich davor zu fürchten.

Gemeinsame Politik

Eine weitere wichtige EU-Kompetenz wäre eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik. Warum gelingt es den Vereinigten Staaten, bundesstaatliche Unterschiede ohne Währungsturbulenzen auszugleichen, uns Europäern jedoch nicht?

Föderal regieren

Es fehlt eine gemeinsame europäische Regierung. Nein, keine zentralistische Regierung, sondern eine föderalistische. Die Vielfalt Europas ist unsere Stärke. Sie einzuebnen würde viel kreatives Potenzial und wertvolle Individualität zerstören. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollte diese Vielfalt erhalten, darüber aber auch die bisher zu kurz gekommene, notwendige Einheit gefunden werden. Ein starkes Europa, das in der Welt als wichtiger und wertvoller Partner geachtet und respektiert wird, ein handlungsfähiges und reaktionsschnelles Europa, das sich nicht durch Einstimmigkeitserfordernisse selbst blockiert und damit ins Out manövriert. Das wäre in der Tat ein Zukunftsmodell!

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping hat mir gesagt: „Wir befinden uns in einem Wettbewerb der Governance. In Amerika blockieren sich die beiden Häuser des Kongresses, in Europa blockieren sich die 28 Mitgliedstaaten. China hingegen entscheidet rasch und wird damit erfolgreich sein.“

Aus meiner Sicht stehen wir gerade vor einer großen Bewährungsprobe für unser demokratisches System: Wir müssen wieder entscheidungs- und handlungsfähig werden. Wenn dies der Europäischen Union gelingt, bin ich für die Zukunft sehr optimistisch! Und mit diesem Optimismus könnten wir auch den Menschen in Europa wieder Zukunftsperspektive und Zukunftsvertrauen vermitteln!

„Wer in der heutigen Zeit nur bewahren will, fällt zurück. Wer vorwärts will, muss gestalten. Daher brauchen wir die Vereinigten Staaten von Europa!“, so Christoph Leitl.

Erscheinungsort Linz
DVR: 064 86 55
Sponsoring Post
Verlagspostamt 4020 Linz
GZ02Z033982S

Impressum

OFFENLEGUNG

Grundlegende Richtung von „Wir Europäer“ ist die Förderung aller Bestrebungen zur friedlichen Integration Europas.

MEDIENINHABER

Europäische Föderalistische Bewegung und Bund Europäischer Jugend OÖ., Europahaus Linz, ZVR 539831365

HERAUSGEBER

Vorstand der EFB OÖ.

VERLAGSLEITER

Dr. Franz Seibert

REDAKTION

Dr. Franz Kremaier, Prof. Josef Bauernberger, alle 4010 Linz, Postfach 384.

DRUCK

Trauner Druck GmbH & Co. KG, Linz

MAIL

europahaus.linz@gmail.com

HOMEPAGE

<http://www.dieeuropahaeuser.at>